

sellschaft der Langlebigen bleibt die Absicherung des Einzelnen durch das Kollektiv deshalb die politische Aufgabe der Zukunft. Darin liegt auch eine Chance: Die Politik kann auf eine gewisse Abgabebereitschaft setzen, wenn sie Sicherheiten für das Alter verspricht.

Wer keine Angst mehr haben müsste, im Alter in demütigenden Transferleistungen wie der bedarfsabhängigen Grundversicherung oder gar im Pfllegenotstand zu landen, der wäre auch bereit, schon in jungen und mittleren Jahren seinen Beitrag dafür zu entrichten. In einer alternden Gesellschaft gibt es ein Potenzial für die Einzahlung. Die Politik muss dies allerdings moderieren. Sie darf nicht zu viel verlangen aber eben auch nicht zu wenig.

Es ist zum Beispiel zu vermitteln, warum der Beitrag für die Pflegeversicherung und mittelfristig auch für die Krankenversicherung steigen muss. Es ist nachvollziehbar, warum der Rentenzugang für Verschleißberufe erleichtert werden müsste. Und warum man eine einheitliche Krankenversicherung und Rentenkasse für Arbeitnehmer, Beamte und Selbstständige anstreben sollte. Ganz zu schweigen von einer stärkeren Belastung höherer Erbschaften.

Eine Gesellschaft der Langlebigen braucht Solidarsysteme. Sonst kommt die Angst, auch in den Mittelschichtmilieus. Es ist eine politische Frage, für welchen Weg und welchen Preis man sich entscheidet. ■

Barbara Streidl

Zur Geschlechtergerechtigkeit

Wie wir aus der Post-Gender-Sackgasse entkommen

Wird in der Diskussion um die Geschlechtergerechtigkeit der Begriff »Post-Gender« verwendet, so wird zumeist suggeriert, dass der Kampf um die Gleichberechtigung von Mann und Frau überwunden wurde. Doch leben wir tatsächlich in einer Gesellschaft, in der Gleichberechtigung und Chancengleichheit existieren, oder handelt es sich bei »Post-Gender« lediglich um einen Vorhang, mit dem man das Problem verdeckt und hofft, dass es sich von selbst löst? Wie sich die aktuelle Situation darstellt und wie die Ziele definiert werden müssen, beleuchtet unsere Autorin.

Am Ende hat sich dann niemand mehr darüber gewundert, dass die Koalition im Bundestag gegen den Vorschlag gestimmt hat, die Führungsetagen von börsennotierten Unternehmen in Deutschland ab 2023 zu quotieren. Der Zug namens staatlich gelenkte Geschlechtergerechtigkeit war schon vor der Abstimmung in einen Sackbahnhof gelenkt worden: Bundeskanzlerin Merkel hatte auch ihre quotenfreudigen Parteikolleginnen mit einem faden Kompromiss mundtot gemacht; sogar



Barbara Streidl

(* 1972) ist Literaturwissenschaftlerin und arbeitet als freie Journalistin und Musikerin in München. Ihre Schwerpunkte sind u.a. frauenpolitische Themen sowie die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zuletzt erschienen: *Kann ich gleich zurückrufen?*

barbara.streidl@alpenstrasse.net

Quoten-Anhängerin Ursula von der Leyen musste sich ein verbissenes Schweigelächeln abzwängen. Dabei hatte doch alles

ganz gut angefangen, damals im Jahr 2011, als sich Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien sowie Stellvertreterinnen der großen deutschen Frauenverbände für eine Stärkung der Chancengleichheit in den Topetagen der deutschen Wirtschaft durch klare gesetzliche Vorgaben aussprachen. Mit dieser »Berliner Erklärung« war offiziell geworden, dass sich erst die Unternehmenskultur ändern müsse, bevor dann die Chancengleichheit tatsächlich zu realisieren wäre. Doch auf dem Weg zu eben diesen klaren gesetzlichen Vorgaben ist die Chancengleichheit einmal mehr in einer vermeintlichen Post-Gender-Sackgasse stecken geblieben.

»Post-Gender« – was ist das eigentlich? Auf der reinen Bedeutungsebene lassen sich darauf verschiedene Antworten finden: »Post-Gender« könnte meinen, hier und jetzt wird niemand aufgrund seines Geschlechts benachteiligt – egal ob Frau, Mann, daneben oder dazwischen; d.h., alle Anstrengungen von Feminismus bis Gleichstellungspolitik haben eine geschlechtergerechte Gesellschaft hervorgebracht. »Post-Gender« wird aber gerne so missverstanden, dass sich hier und jetzt niemand um Geschlechtergerechtigkeit kümmern müsse, weil die sich ja irgendwie und irgendwann schon von alleine durchsetzen wird. An der Art und Weise, in der die Koalition die dringend notwendige Änderung der bundesdeutschen Unternehmenskultur verhindert hat, ist ganz klar diese zweite Definition von »Post-Gender« zu erkennen. Das zeigt etwa dieser Satz unmittelbar vor der Abstimmung im Bundestag von Unionspolitiker Volker Kauder: »Wir haben vereinbart, der Wirtschaft bis 2020 Zeit zu geben, und wenn dann keine 30 % erreicht sind, gibt es die Quote, und das wird gleich in der neuen Legislatur zu einem Gesetz.«

Neben den Koalitionspolitikerinnen und -politikern gibt es aber auch Menschen, die die Vorstellung einer geschlechtergerechten Post-Gender-Welt deshalb

tendenziell eher ablehnen, weil sie damit die Abschaffung von Frauen und Männern verbinden.

Die Spielregeln ändern

Noch ein Denkfehler, unterstützt durch antifeministische Propaganda: Für eine Post-Gender-Welt müssen Frauen nicht durch schallende Stimmen, dicke Dienstwagen oder amouröse Affären mit Praktikanten zu Manager-Chef-Bossen 2.0 aufgebaut werden; ebenso wenig wie Männer durch Kittelschürzen und Wickeldiplome zu neuen Muttis umgeschult werden sollen.

Es geht um die Abschaffung von Machtstrukturen, die das soziologische Konstrukt des Mannes bevorzugen und das des Nicht-Mannes benachteiligen. In Deutschland gelten immer noch diese Spielregeln: Die meisten Frauen stoßen in ihrem Berufsleben an eine gläserne Decke. In den meisten Führungsetagen bringen Frauen den Kaffee, fällen aber keine Entscheidungen, die über »Heute lasse ich die Kekse weg, der Chef möchte auf seine Linie achten« hinausgehen. Ins »Vereinbarkeitscamp Familie/Beruf« werden nur Mütter eingelassen, das Ehegattensplitting macht Frauen zu Steuersparvehikeln und das Betreuungsgeld macht aus ihnen staatlich subventionierte Latte-Macchiato-Mütter. Lauter Merkmale einer Welt, die geschlechterungerecht ist. Trotz Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz, der ersten Bundeskanzlerin und dem ach so gelobten Elterngeld. Und das, obwohl sich die bundesdeutsche Gesellschaft längst dahingehend verändert hat, dass Männer auch Väter sein wollen und Frauen nicht nur Mütter. Natürlich geht es dabei nicht um familienpolitisches Klein-Klein, sondern um Machterhalt, wie die italienische Philosophin Diana Sartori treffend zusammenfasst: »Die Mauern der Stadt, die von Männern und Frauen bewohnt wird, wurden nach dem

konstruiert, was man auf die Formel der inklusiven Exklusion bringen könnte, was bedeutet, dass die Frauen gleichzeitig ausgeschlossen und eingeschlossen sind.« Sartori betont, dass Frauen, das Weibliche und das Mütterliche die größte Gefahr für die männliche Ordnung bedeuten. Und genau dieser Ordnung entspringen ja die oben genannten Spielregeln.

Voller Schwung die Zukunft gestalten

Wollen wir also die äußerst attraktive Utopie der geschlechtergerechten Welt, also das »Post-Gender«, greifbar machen, müssen wir als Erstes den Fokus auf das Geschlecht abschaffen. Ein Mensch steht an der Spitze der Bundesrepublik – ob eine Frau wie Merkel es besser macht als ein Mann wie Kohl, das wird spätestens in den Geschichtsbüchern entschieden. Menschen ziehen ein Kind groß – ob sie nun mit »Mama und Papa« oder mit »Mama und Mama« angesprochen werden. Die Veränderung der Rechtssituation von homosexuellen Paaren, die sich für Sukzessivadoption entscheiden möchten, ist ein erster, winzig kleiner Schritt in diese utopische Richtung. Und schließlich sind es Menschen, die sich für die Gleichzeitigkeit von Familie und Beruf entscheiden möchten oder müssen – keine karrieregeilen Rabenmütter oder weibischen Weicheier. Niemand sollte mehr aufgrund des Geschlechts benachteiligt werden, ob nun männlich, weiblich, daneben oder dazwischen.

Wie in vielen »Warum die neuen Väter nicht wissen, was sie tun sollen ohne den Job des Familienoberhaupts«-Publikationen betont wird, hat das Patriarchat in den letzten Jahren tatsächlich an Macht verloren. Es ist aber immer noch da. Erkennbar in den Führungsetagen der Privatwirtschaft – und an der Abstimmung im Bundestag zur Quotierung eben dieser Führungsetagen.

Statt den Untergang des Patriarchats zu beklagen oder gar ein Matriarchat zu befürchten, ist deshalb die Idee von Post-Gender so richtungsweisend: Post-Gender ist vielleicht so was wie der Post-Punk unter den Utopien: Voller Schwung und mit der unbedingten Bereitschaft, an der Gestaltung der Zukunft mitzuarbeiten – ohne trunkene *No future*-Parolen. Postfeminismus, Postpatriarchat, Post-Gender – das »Post« steht immer für eine Vision. Zeit, einmal staubzuwischen auf diesem berühmten Satz von Simone de Beauvoir: »Man wird nicht als Frau geboren, man wird dazu gemacht.« Menschen werden nicht nur zu Frauen gemacht, sondern auch zu Männern. Und durch dieses Machen wird die ungerechte Aufteilung der Welt in diese hinlänglich bekannten Machtstrukturen, die die einen bevorzugen, die anderen aber nicht, immer wieder und aufs Neue bestätigt. Menschen sind nicht nur die Objekte dieses Machens, sondern selbst auch Akteure.

In ihrer berühmten Tomatenwurfrede des »Aktionsrates zur Befreiung der Frauen« sagte Helke Sander im Jahr 1968: »Wir streben Lebensbedingungen an, die das Konkurrenzverhältnis zwischen Mann und Frau aufheben. Dies geht nur durch Umwandlung der Produktionsverhältnisse und damit der Machtverhältnisse, um eine demokratische Gesellschaft zu schaffen.« Für die Realisierung dieser demokratischen Gesellschaft ist eine Quote ebenso notwendig wie flächendeckende Kinderbetreuungsangebote als auch die Auflösung des Mutter-Mythos: Raus aus der Post-Gender-Sackgasse, es lebe die Chancengleichheit! ■